

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. u.

Heimliche Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierseitig 20 Pf. ohne Zusage. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverbands-Girokonto Nr. 3. — Postleitzahlenkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die schriftgefasste Zeitung 50 Pf., außerhalb der Amtshauptmannschaft 75 Pf., im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Seite 200 Pf. — Eingekauft und Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 53

Freitag den 4. März 1921

87. Jahrgang

Kleieverteilung.

Bei der in den nächsten Tagen stattfindenden Kleieverteilung werden wiederum 6 Pfund Kleie für jedes Kind Hindernis, 2 " " " Schwein, 2 " " " jede Ziege

zur Ausgabe gelangen. Anträge auf Zuteilung sind an die zuständige Kleieverteilungsstelle zu richten. Wegen des Preises wird auf die Bekanntmachung vom 1. 10. 1920 verwiesen.

Dippoldiswalde, am 28. Februar 1921.

Die Amtshauptmannschaft.

Auf Seite 262 des Handelsregisters, die offene Handelsgesellschaft Ufer & Grudzinsky in Reichstädt betreibt und heute folgende Einträge bewirkt worden:

Die Gesellschafter, der Mühlenbesitzer Ernst Moritz Louis Ufer und der Landwirt Hans Heinrich August Grudzinsky in Behnmühle b. Reichstädt sind ausgeschieden. Die Gesellschaft ist aufgelöst.

Die Firma lautet nunmehr: Ufer & Grudzinsky, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Holzfärbefabrik und Sägewerk in Behnmühle b. Reichstädt.

Au die Bevölkerung Sachsen!

Der Tag für die Volksabstimmung über das Schlesien steht nunmehr fest. Unweigerlich ist jedes Abstimmungsberechtigte ist es, für seine engere Heimat, für Sachsen und für Deutschland die Mühle der Abstimmungsreihe auf sich zu nehmen und seine Stimme abzugeben. Die vereinigten Verbände heimatfreuer Oberschlesier haben dafür gesorgt, daß die Reihe für jeden erleichtert und ein Unternehmen in der oberschlesischen Heimat für ihn sichergestellt wird.

Um die Bevölkerung ergeht der Ruf, den Abstimmungsberechtigten die Reihe leicht zu machen, sie, wenn nötig, im Geschäft und bei der Arbeit zu vertreten, ihnen in ihrem Hause zu helfen und sie bei der Erfüllung ihrer Abstimmungspflicht zu unterstützen.

Das alles kostet viel Geld! Es wird dringend erachtet, die Verbände heimatfreuer Oberschlesier durch Geldzuwendungen zu unterstützen. Zahlungen nehmen die meisten Banken und Sparkassen entgegen.

Oberschlesiens Schlesien und Deutschlands Schlesien sind ungetrennt!

Dresden, den 1. März 1921.

(Das Gesamtministerium.
Bud. Ministerpräsident.)

Heimliches und Sächsisches.

Dippoldiswalde, 17. März. Heute vor 50 Jahren fand die Wahl zum ersten deutschen Reichstag statt. Gewählt wurde hier Hofrat Udermann.

Wie wir hören, geht der Korterlauf nach das Reichskonzert recht stotternd voran. Es soll sich niemand vom Bruch der Aufführung abhalten lassen, da am Sonntag die Rache geheißen wird.

Um Morgen des 2. März liegen noch die ersten Städte Bilder und Gemälde ihres Jubiläums in die Lüfte.

Willkommen, heller Frühlingsklang,

Nach langem, langem Winter schwören.

Man zieht der Sait noch in den Zweigen

Und in der Seele der Gesang. —

[In der Ecke steht um Mittwoch ein zirka ein Meter langer Betrieb von 40 Zentimeter aus bedeckender Höhe über den oberen Promenadenweg bis hinab an die kleine Mühlgrabenbrücke der hinteren Ecke. Diese Eindrücke im Boden geben Zeugnis von der Wucht des fallenden Steines.]

Dresden. Trotzdem der Präsident Gräßelius zu Anfang der Mittwoch-Sitzung des Landtags den Abgeordneten sagte, daß lange Reden es nicht täten, brauchte der Landtag zur Erledigung zweier Angelegenheiten nicht weniger als acht Stunden. Die Regierungsvorlage über Rendition im Polizeiweisen, die eine Verstaatlichung der gesamten Kriminalpolizei vorsieht, wurde nach zweieinhalbständiger Aussprache, in der die bürgerlichen Redner erhebliche Bedenken gegen die Tendenz des Gesetzes zum Ausdruck brachten, dem Rechtsausschuß überwiesen. Den übrigen Raum in den Verhandlungen nahmen die Redner über einige kommunistische Anklage auf Entzweiung der Orgel und Zahlung einer Rente an die am Rapp-Baile Verwundeten ein. Minister des Innern Lipinski mußte zwar zugeben, daß bei den vielen Haushaltungen festgestellt worden ist, daß die Orgel in Sachen keine Waffen hat. Trotzdem hatte er sie für eine geheime militärische Organisation. Die Redner der Sozialdemokraten und der Unabhängigen stimmten ihm zu, während die Redner der Bürgerlichen sich mit sehr durchschlagenden Gründen gegen die Raffierung des Ministers des Innern wendeten.

Üb. Ventler (Dnat. Up.) rief der äußersten Linken zu, daß

die Orgel ganz offen dem Zwecke diene, daß, wenn die zweite Revolution von links kommt, das Bürgertum dafür sorgen kann, daß diese Revolution nicht wieder siegt. Die Abg. Sünder (D. Up.) und Dr. Reinhold (Dem.) wiesen die Unhaltbarkeit des Verbotes der Orgel nach. Der erste Antrag wurde zur Abstimmung auf eine spätere Sitzung verlegt, der zweite dem Rechtsausschuß überwiesen. Schluss der Sitzung 8 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag, 3. März, mittags 1 Uhr. Tagesordnung: Neuwahl der Gemeindevertretungen, Umstrittene Fragen und Geschäftsordnung des Landtages.

— Übercarsdorf. Die Pappensfabrik Max Rögl & Co. kann am heutigen Tage auf ein 50-jähriges Bestehen zurückblicken. Wir wünschen diesem aufstrebenden Unternehmen auch für die Zukunft weiteres Wohl.

— Zwangseinquartierungen sollen bekanntlich das letzte Mittel zur Überwindung der Wohnungsnot sein, und demgemäß sind die Gemeinden, auf Weisung des Reichsarbeitsministeriums, nur dann zur Zwangseinquartierung ermächtigt worden, wenn die anderen Verträge erschöpft waren. Nach einer vor kurzem abgeschlossenen Statistik waren bisher in Sachsen insgesamt in 2462 Häusern Zwangseinquartierungen von den zuständigen Stellen verfügt worden. Diese beschränken sich aber fast ausschließlich auf die begleitfreien Städte, während in den übrigen Städten und Landgemeinden fast noch überhaupt nicht zur Zwangseinquartierung geschritten zu werden brauchte. Von den begleitfreien Städten sind Freiberg und Plauen bisher ebenfalls noch ohne Zwangseinquartierung ausgekommen, während die Zahl der Zwangseinquartierungen in Bautzen in 30, in Zittau in 56, in Chemnitz in 625, in Dresden in 675, in Meißen in 43, in Leipzig in 619 und in Zwickau in 200 Häusern verfügt wurde. Über diese begleitfreien Städte hinaus war noch Zwangseinquartierung verfügt worden in den Städten Löbau in 28, in Bautzenwerda in 19, in Stollberg in 8 und in Wurzen in 41 Häusern und in den Orten der Amtshauptmannschaft Dresden-Mittstadt in 99 und in der Amtshauptmannschaft Dresden-Nordstadt in 19 Häusern. Alle übrigen Städte und Orte Sachsen haben von dieser Maßregel bisher Abstand nehmen können, dagegen hat man, in ganz Sachsen gerechnet, in 6724 Häusern Zwangseinquartierungen abgeschlossen und in 2970 Häusern auf die behördlich angeordnete Teilung übergroßer Wohnungen zu kommen müssen.

Dresden. Die zwangsweise Eingemeindung der drei Ortschaften Blasewitz, Loschwitz und Weißer Hirsch nach Dresden durch den unabhängigen Minister Lipinski soll unter der Bedingung verfügt sein, daß die Stadt Dresden einen 40prozentigen Zufluss zu dem Fehlbeitrag leistet, der sich bei den Staatstheatern jährlich ergibt. Für 1920 ist ein Zufluss von 4931 433 M. erforderlich, so daß die Stadt Dresden rund zwei Millionen Mark für 1920 beizusteuern hätte.

— Die Gemeinden Radeberg, Kamenz, Kötzschenbroda und Borsigwalde planen die Gründung eines Gasfasserverbandes, der 30 Gemeinden mit Gas versorgen soll.

Rathen. Der bekannte „Schuhpatron von Rathen“, die eiserne Windähne in Gestalt eines das Eßtal segnenden Würdchens, wurde am Sonntag Morgen von Mitgliedern des Klubs Mönchsteiner, Pirna, herabgenommen, um ihn einer Reparatur zu unterziehen. Man ließ den Würdchen am Seil von seiner Stütze in die Tiefe schwelen; auch an dieser Stütze sind die Kriegsjahre nicht spurlos vorübergegangen, ein verrostetes Gewand und der Verlust einiger Finger zeugen davon.

Der Sitz der Gesellschaft ist in der Behnmühle bei Reichstädt. Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme und Fortführung der von dem Mühlenbesitzer Ernst Ufer und dem Landwirt Hans Grudzinsky betriebenen Holzfärbefabrikation und des Sägewerksbetriebes. Das Stammkapital beträgt zweihunderttausend Mark. Der Gesellschaftsvertrag ist am 23. Dezember 1920 abgeschlossen worden.

Zu Gesellschaftern sind bestellt:

- der Kaufmann Jakob Gerner in Leipzig,
- der Kaufmann und Fabrikbesitzer Rudolf Dittrich in Pillnitz b. Dresden,
- der Mühlenbesitzer Ernst Ufer in Behnmühle bei Reichstädt,
- der Landwirt Hans Heinrich August Grudzinsky bestellt.

Je 2 Geschäftsführer vertreten die Gesellschaft und sind berechtigt die Firma zu führen. Hierzu wird noch folgendes bekannt gemacht: Der Mühlenbesitzer Ernst Ufer und der Landwirt Hans Grudzinsky bringen als Einlage die beiden von ihnen bisher besessenen Betriebe, Holzfärbefabrik und Sägewerk ein, wobei jedem seine Einlage mit 50 000 M. angerechnet wird.

Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen in der Weißeritz-Zeitung.
1 A. Reg. 31 c/21 Sächs. Amtsgericht Dippoldiswalde, am 28. Februar 1921.

Freiberg. Nach lebhafter Verhandlung des Schwurgerichts wurde am Mittwoch das Urteil wegen des Bandenfriedensbruchs in Olbernhau gesprochen. Am Dienstag hatte der Vertreter der Anklage, Staatsanwalt Arnold bei den Angeklagten Schönherz, Kramer und Herloß für die Verurteilung wegen schweren Bandenfriedensbruchs, bei den Angeklagten Hegewald, Überle, Reulher, Schulze und Rohmer für Verurteilung wegen einfachen Bandenfriedensbruchs plädiert. Nach den Plädoyers der beiden Verteidiger, Rechtsanwalt Garets und Rechtsanwalt Dr. Graf, wurde die Verhandlung auf Mittwoch morgen vertagt. Den Geschworenen wurden Schuldfragen vorgelegt auf schweren Bandenfriedensbruch, Beleidigung und Rüttigung. Die Geschworenen verneinten bei dem Angeklagten Kramer sämliche Schuldfragen. Bei dem Angeklagten Rohmer wurde nur die Frage der Rüttigung bejaht, bei den übrigen sechs Angeklagten die Fragen der Rüttigung in Tateinhalt mit öffentlicher schwerer Beleidigung. Das Gericht fällte, dem Wahrspruch der Geschworenen gemäß, folgendes Urteil: Der Angeklagte Schönherz erhält drei Monate Gefängnis, Herloß 500 Mark Geldstrafe, die Angeklagten Reulher und Überle vier Monate Gefängnis, der Angeklagte Schulze drei Monate Gefängnis, Hegewald 400 Mark Geldstrafe, Rohmer 200 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte Kramer wurde freigesprochen. Bei Reulher und Überle werden drei Monate, bei Schulze zwei Monate Untersuchungshaft auf die Strafe angerechnet.

Querbach. Der Bezirksausschuß unserer Amtshauptmannschaft beschäftigte sich am Montag vormittag mit einer Reihe neuer Steuervorlagen. Das neue Steuerbulletin, das Amtshauptmann Dr. Schelcher schon für den Bezirksoberband der Amtshauptmannschaft angekündigt hatte, enthält eine Grundsteuer, eine Vergnügungssteuer, eine Jagd- und Jagdfahrtensteuer, eine Schanterlaubnissteuer, eine Maschinensteuer, eine Kraftfahrzeugsteuer, eine Blei- und Zugstichsteuer-Ordnung. (Das genügt für den Anfang.)

Reichenau. Zur Behebung der Wohnungsnot, wenigstens um den allerdringendsten Bedarf zu decken, beschloß der Stadtgemeinderat in seiner letzten Sitzung eine Million Mark bereitzustellen.

Um „mehr Platz“ innerhalb unserer Stadt zu verstreichen, beschloß der Stadtgemeinderat auf Vorschlag des Gaswerkbauschlusses die Straßenlaternen von 23 auf 46 zu erhöhen.

Rammen. Die Geschichte eines reizigen Sünders bildet zugleich den Gesprächsstoff in heutiger Gegend. Der Betreffende, ein wendischer Landwirt aus der Umgebung, hatte eitliche Zinser Weizen „hintenherum“ verlaufen und dafür ein hohes Schämmchen Geld, man spricht von 500 M. für den Zinsener, gefordert. Nun ließ ihm aber sein Gewissen keine Ruhe. Nachdem ihm die Absolution seines Beichtvaters in dieser Sache nicht erteilt worden war, meldete er sein Vergehen, in der Hoffnung, durch freimütiges Bekennen straffrei auszugehen, der zuständigen Behörde. Bei dieser Sammlung kam er in die richtige Schmiede. Straffreiheit konnte dem Sündlein zwar nicht zugleichert werden, dafür aber werden seine Geschäftsfreunde festgestellt, und diesen stehen nun, wie dem Landwirte selbst, empfindliche Denkmale in Aussicht.

Zittau. Die Reihe des seit dem 15. d. M. spurlos verschwundenen, 29 Jahre alten Elterngeschäftsmannes Böllmann von hier wurde im Walde bei Liebenthal (Schleife) vergraben aufgefunden. Böllmann war ermordet und verdeckt worden. Den Tätern dürften über 20 000 M. Bargeld in die Hände gefallen sein.

Guter Seitenkarten liefert Carl Jehne.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 2. März 1921.

Präsident Höhe über London.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Präsident Höhe auf die Bedeutung der gegenwärtigen Londoner Verhandlungen für Deutschland und ganz Europa hin. Der Reichstag könne dazu noch nicht Stellung nehmen. Die Regierung könne noch keine näheren Mitteilungen machen. Unter dem Druck dieser Lage müsse die Arbeit fortgesetzt werden, in der Hoffnung, daß die kommenden Ereignisse die Arbeit des Reichstages nicht zu Rücksicht machen.

Darauf wird das Postgebührengebot an einen Ausschuß überwiesen.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfes zur Entlastung der Gerichte. Im Laufe der Debatte stimmen die Parteien fast durchweg der Vorlage zu. Reichsjustizminister Hinze wendet sich gegen zwei Anträge der Linken, von denen der eine die Aufhebung der Ordnungsstrafen für Rechtsanwälte verlangt. Der zweite Antrag fordert die Befreiung der Frauen zu dem Schöffenant.

Bei der namentlichen Abstimmung jedoch werden beide Anträge, der letztere im Hammelsprung, angenommen.

Der Gesetzentwurf wird mit verschiedenen Zusatzanträgen angenommen, dann vertagt sich das Haus auf Donnerstag.

Der erste Tag in London.

Die Übereinkunft der deutschen Gegenvorschläge.

Montag vormittag um 11½ Uhr fand im Lancasterhouse die erste Sitzung der Londoner Entschädigungskonferenz statt. Von der deutschen Delegation nahmen Reichsminister Simons, die Staatssekretäre Schröder, Bergmann und Lewald sowie die Ministerialdirektoren De Suze und Simonson, ferner der Botschafter Stamer an den Verhandlungen teil.

Lloyd George eröffnete die Sitzung mit einigen Begrüßungsworten an die deutsche Abordnung und machte zugleich den Vorschlag, zunächst die Entschädigungsfrage und dann die Entwicklungsfrage zu behandeln.

Minister Simons erklärte sich damit einverstanden und legte dann den Standpunkt der deutschen Regierung zu dem Pariser Wiederherstellungsprogramm dar, das in der vorliegenden Form unmöglich ausführbar sei. Nächere Einzelheiten darüber sind in den beiden Denkschriften enthalten, die er der Konferenz übermittelte. Die eine bezieht sich auf die wirtschaftlichen, die andere auf die finanziellen Fragen.

Sodann gab Reichsminister Simons einen Überblick über die deutschen Gegenvorschläge. Die deutsche Regierung schlägt eine Entschädigungssumme von 50 Milliarden Goldmark vor. Davon habe Deutschland bereits 20 Milliarden in Leistung abgetragen. Es bleibe somit eine Gesamtentschädigungssumme von 30 Milliarden, die Deutschland innerhalb 30 Jahren unter der Bedingung zu zahlen bereit sei, daß eine internationale Anleihe etwa bis zu 8 Milliarden Goldmark ausgegeben werde, die in allen Ländern von Steuern befreit sein soll und daß ein neues internationales Finanzabkommen innerhalb 5 Jahren zustande kommt.

Lloyd George lehnt ab.

Lloyd George bemerkte namens der Alliierten, daß die deutschen Vorschläge nach seiner Ansicht auf einer vollständigen Verkenntnis der Verhältnisse der Lage beruhen und daß, falls die deutschen Denkschriften keine anderen Vorschläge enthalten, sie keiner Prüfung und Erörterung wert seien. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Um 4 Uhr nachmittags traten die Alliierten im Zusätzlichen Amt zusammen, um sich über ihre Stellungnahme gegenüber den deutschen Vorschlägen schlüssig zu werden.

Nach einer Meldung der amtlichen Havasagentur empfahl Lloyd George den Sachverständigen der Alliierten, die militärischen Sachverständigen und den Marschall hoch mittelbegriffen, in ihren Hotels sich bereit zu halten, um einer Aufforderung des Vorsitzenden der Konferenz sofort Folge leisten zu können. Weitere Verhandlungen über die Gegenvorschläge?

Die alliierten Vertreter sind am Dienstag nachmittag zu einer Beratung der deutschen Vorschläge zusammengetreten. Nach Havas ist in dieser Sitzung der einstimmige Besluß gefasst worden, keine weiteren Darlegungen der Deutschen über ihre Gegenvorschläge anzunehmen, die einstimmig als unannehmbar und undiskutabel erachtet seien. Die Alliierten beschlossen, die kürzlichen und militärischen Sachverständigen zu ihren Beratungen hinzuzuziehen, um die Maßnahmen festzulegen, die die Alliierten zu treffen beabsichtigen, falls Deutschland die Forderungen der Alliierten zurückweist.

Wie Reuter aus französischen Kreisen erfährt, sind folgende „Sanktionen“ in Aussicht genommen: Erhebung einer einsprozentigen Abgabe auf deutsche nach alliierten Ländern eingeführte Waren, Errichtung einer Zollschranke, die das linke Rheinufer wirtschaftlich vom übrigen Deutschland trennt, Belagerung der deutschen Kohlenhöfen auf dem rechten Rheinufer und Schließung als letztes Mittel die Beschlagnahme der deutschen Bölle.

Die Antwort der Alliierten soll der deutschen Delegation am Donnerstag überreicht werden.

Was Deutschland zahlen will.

50 Milliarden Goldmark unter Berücksichtigung der bisherigen Leistungen.

Das deutsche Entschädigungsbaukasten ist am Dienstag durch den Reichsminister Simons der Londoner Konferenz mitgeteilt worden. Die deutsche Regierung geht dabei von dem Standpunkt aus, daß die Pariser Beschlüsse der Alliierten, wie in den überreichten Denkschriften ausgeführt wird, wirtschaftlich und finanziell ausführbar sind. Deutschland ist jedoch bereit, bei

seinen Gegenvorschlägen bis an die Grenze der Möglichkeiten zu gehen, die sich bieten würden, wenn seine Leistungsfähigkeit sich in Zukunft wesentlich verbessern würde. In dieser Hoffnung hält die deutsche Regierung die Aufstellung eines Zahlungsplanes auf folgender Grundlage für möglich:

Die von den Alliierten auf 42 Jahre abzuhaltenden vereilte Entschädigungssumme von 226 Milliarden Goldmark wird unter Annahme eines achtjährigen Diskonts,

auf einen Zeitwert von 50 Milliarden Goldmark zurückgerechnet. Auf diese Summe sind die gesamten bisherigen Reparationsleistungen Deutschlands — etwa 20 Milliarden Goldmark — in Unrechnung zu bringen. Die deutsche Regierung hält es für zweckmäßig, wenn eine besondere gemischte Kommission den genauen Wert der Leistungen baldmöglichst feststellen würde. Durch den Abzug des Wertes der Leistungen von dem oben angegebenen Zeitwert der in den Pariser Beschlüssen geforderten jährlichen Abzahlungen ergibt sich der Gesamtbetrag der von Deutschland noch zu leistenden Zahlungen. Dieser Betrag von ungefähr 30 Milliarden Goldmark soll baldmöglichst

im Wege einer internationalen Anleihe beschafft werden. Da jedoch die Ausbringung der gesamten Summe zur Zeit nicht möglich sein wird, schlägt die deutsche Regierung vor, zunächst nur eine Teilanleihe, etwa bis zu acht Milliarden Goldmark, auszugeben, welche möglichst auf allen internationalen Finanzplätzen zur Bezeichnung gelangen und in allen Emissionsländern von Steuern jeder Art befreit sein soll. Der Zinsfuß der Anleihe soll möglichst niedrig gehalten werden, die Tilgung mit 1–1½ Prozent nach fünf Jahren eintreten. Deutschland ist bereit, für den Dienst der Anleihe den Anleihegläubigern die nötigen Sicherheiten zu gewähren.

Abgesehen von dem Dienst der Anleihe übernimmt Deutschland für die nächsten fünf Jahre die Zahlung einer Anuität von je 1 Milliarde Goldmark. Diese Anuitäten werden in erster Linie durch Sachleistungen gedeckt werden. Hierfür soll nach Möglichkeit der freie Verkehr zwischen deutschen Lieferanten und alliierten Bestellern eingeführt werden. Deutschland erklärt ferner ernst seine Bereitwilligkeit, durch Arbeit bei dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete mitzuwirken. Auch diese Leistungen sind auf die Anuitäten zu verteilen. Der Betrag der deutschen Reparationschuld, der nicht fogleich durch die internationale Anleihe oder anderweitig gedeckt ist, wird mit 5 Prozent verzinst. Sobald als möglich sollen weitere Verträge im Wege der internationalen Anleihe ausgegeben werden. Diese Vorschläge sollen zunächst bis zum 1. Januar 1926 Gültigkeit haben, dann soll eine neue Regelung eintreten, die die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands berücksichtigt.

Der Grundgedanke einer Beteiligung der Alliierten an einer wirtschaftlichen Verbesserung Deutschlands wird anerkannt. Dieser Gedanke hat jedoch schon dadurch weitgehende Verstärkung gefunden, daß die vorstehenden Vorschläge nicht auf die jetzige Leistungsfähigkeit Deutschlands gründen, sondern eine vernünftige Einschätzung der Zukunft in Rechnung stellen. Die in Paris beschlossene 12 prozentige Ausfuhrabgabe wird daher abgelehnt.

Alle noch nicht erfüllten finanziellen und Lieferungsverpflichtungen aus Teil 8 (Wiedergutmachung) und Teil 9 (finanzielle Bestimmungen) des Vertrages von Versailles sollen als abgegolten angesehen werden. Das Gleiche gilt von der Hergabe des Erboses für zerstörtes Liegenschaft, und von der Verpflichtung Deutschlands, die Liquidation und Zurückhaltung des in den alliierten Ländern befindlichen deutschen Privatgegenstands zu dulden.

Als Unterlage für die vorstehenden Vorschläge gibt die deutsche Regierung zwei Voraussetzungen bekannt, erstmals, daß die Abstimmung in Oberschlesien zugunsten Deutschlands ausfällt und demgemäß Oberschlesien bei Deutschland belassen wird und zweitens, daß die Hemmungen des Weltwirtschaftsverkehrs beseitigt und das System wirtschaftlicher Freiheit und Gleichberechtigung durchgeführt werde.

Die deutschen Denkschriften.

Die finanziellen und wirtschaftlichen Wirkungen des Pariser Pakts.

Zusammen mit den Gegenvorschlägen sind in London zwei deutsche Denkschriften überreicht worden, von denen die eine auf die einzelnen französischen Forderungen der Alliierten über den Reichshaushalt eingehend antwortet und die Unmöglichkeit wesentlicher Sparmaßnahmen bzw. erhöhter Steuer- und sonstigen Einnahmen nachweist. In den Schlussfolgerungen kommt die Denkschrift zu dem Ergebnis, daß, trotzdem starke Steuererhöhungen in Aussicht stehen, auf die Dauer auch bei starker Einsparung kein besonders großer Überschuss über den eigenen inneren Bedarf zu erzielen sein wird, womit es absolut unmöglich ist, die in den Pariser Beschlüssen gesetzten Goldjahreszahlungen auf dem Wege der Besteuerung aufzubringen.

Die Steuerbelastung in Deutschland.

Die zweite Denkschrift, die von den deutschen Sachverständigen ausgearbeitet ist, beschäftigt sich mit den wirtschaftlichen Wirkungen der Pariser Beschlüsse. Sie stellt fest, daß die Belastung mit einer Jahreszahlung von 6 Milliarden Goldmark die deutsche Bevölkerung mit 100 Mark Gold oder mit 1000 Mark Papier pro Kopf und Jahr treffen würde. Die Steuerbelastung in Deutschland beträgt heute bereits 599 Mark Papier gegen 390 Frs. Papier in Frankreich, bei einer Jahresleistung von 6 Milliarden an die Entente würde sie auf 1599 Mark ansteigen. Das Durchschnittseinkommen beträgt in Deutschland je Kopf der Bevölkerung rund 3900 Mark Papier, in Frankreich rund 3200 Franken Papier. Bei einer Mehrbelastung um 1000 Mark Papier würden jenen für den Jahre unterhalt verbleiben in Deutschland etwa 2300 Papiermark, in Frankreich 2810 Franken, d. h. 11800 Papiermark — mehr als das Fünffache!

Zahlung kann nur geleistet werden durch Produktionsüberschuss.

Die Denkschrift weist dann nach, daß für die Zahlungen nur der Weg der Güterausfuhr bleibt, und zwar der des Produktionsüberschusses, d. h. der Differenz zwischen Erzeugung und lebensnotwendigem Verbrauch. Nur aus den Überschüssen einer auf sparsamen Eigenverbrauch eingestellten Volkswirtschaft können nach Belebung der Einfuhrrechnung Zahlungen der geforderten Art geleistet werden.

Diese Belebung ist aber außerordentlich schwierig, da die deutsche Handelsbilanz mit 2½ Milliarden Goldmark, die Zahlungsbilanz mit weiteren 1,5 Milliarden passiv ist, sodaß insgesamt gegen jetzt eine Mehrausfuhr von 4 Milliarden Goldmark erzielt sein muß, ehe überhaupt Zahlungen an die Alliierten möglich werden. Die Pariser Beschlüsse sehen eine weitere Steigerung der deutschen Ausfuhr um zwei bis sechs Milliarden Goldmark im Jahre voraus, abgesehen von der 12 prozentigen Ausfuhrabgabe?

Wie kann die Handelsbilanz aktiv gemacht werden?

Die Handelsbilanz kann im wesentlichen nur durch Steigerung von Produktion und Ausfuhr und zwar durch solche industrieller Art gebelebt werden. Um die Ansprüche der Alliierten zu befriedigen, müßte die Ausfuhr von 5 auf etwa 30 Milliarden Goldmark Wert mindestens gesteigert werden, bei einer Ausfuhrabgabe von 12 v. H. gar auf die schwindende Höhe von nahezu 40 Milliarden Goldmark — das heile auf das Doppelte des gesamten Ausfuhr Englands — und dies fast alles in Fertigfabrikaten.

Mit zwingender Logik wird dann weiter auseinandergegossen, zu welchen unmöglichen Zuständen eine derart übertriebene Steigerung der deutschen Produktion führen müßte.

Die Arbeitszeit des deutschen Arbeiters müßte von acht auf vierzehn Stunden erhöht werden. Deutschland wäre die zentrale industrielle Werkstatt der Erde, die zwar unter gedrückten Verhältnissen und zu Hungerlöhnen arbeitet, die aber mit der ganzen Leidenschaft und Fähigkeit eines um sein Leben ringenden Volkes und mit der ganzen Gewalt seines konzentrierten Produktionsapparates auf die Märkte der Erde wirken müßte, 40 Prozent der Weltausfuhr an sich reiend, was selbstverständlich zwangsläufig zu einem Dumping, einem Unterbluten grotesksten Stils führt.

Die wirtschaftliche Unmöglichkeit der Ententeforderungen ist damit hinreichend bewiesen. Die Denkschrift kommt daher zu dem Schluß, daß die Reparationsleistung nicht das Problem einer einzelnen Volkswirtschaft sein kann; sie ist das erste Problem einer neu zu gestaltenden Weltwirtschaft. Deutschland sei entschlossen, bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu gehen, um innerhalb dieser Gesamtwirtschaft den ihm obliegenden schwersten Teil der Verantwortung auf sich zu nehmen. Freiheit der wirtschaftlichen Bewegung sei hier Voraussetzung.

London werde die Reihe der Verständigungen zu eröffnen haben, deren die Welt zum Aufbau ihrer Wirtschaft bedarf, die eine Wirtschaft der Solidarität und der Gerechtigkeit sein muß, wenn sie nicht von Krise zu Krise treibend in unabsehbarer Verwirrung enden soll.

Allzu großes Entgegenkommen.

Sind die deutschen Gegenvorschläge erfüllbar?

Sofort nach Bekanntwerden der deutschen Gegenvorschläge hat die Entlastungsaktion der Alliierten ganz programmatisch eingesetzt, als ob sie schon vorher genau verabredet und inszeniert worden ist. Lloyd George gab den Ton an, indem er die deutschen Vorschläge als „völlige Kenntnis der Situation“ bezeichnete. Doch wenn er die Ausführungen des Ministers besser verstanden hätte, dann wäre er vielleicht mit seinem Urteil nicht so rasch fertig gewesen; denn in Wirklichkeit wird ihm hier doch von uns viel mehr angeboten, als er je erwartet haben möchte.

Die deutschen Gegenvorschläge kommen nämlich in ihrem tatsächlichen Endwert den Ententeforderungen nahezu gleich. Während die Alliierten in ihrem Pariser Programm den 42-jährigen, um Zins und Zinseszinsen vermehrten Endwert der deutschen Zahlungen festlegten, errechnet der deutsche Gegenvorschlag unter Zugrundelegung der Pariser Beschlüsse den Anfangswert in Höhe von 50 Milliarden Goldmark. Diese Summe Klingt natürlich neben den ursprünglich gesetzten 226 Milliarden sehr beruhigend, wenn man aber ihren Endwert berechnet, dürfte der Unterschied der Ziffern im Pariser Programm und dem deutschen Gegenvorschlag nur noch unwesentlich sein. Die deutsche Regierung macht die Pariser Forderungen zum Ausgangspunkt ihrer Vorschläge und fügt sich damit widerstandlos dem Verlangen der Alliierten, daß die Höhe der Pariser Ziffern nicht vermindert werden dürfe, sondern daß nur die Zahlungskraft eine Abänderung erfahren dürfe. Hiermit hat sie auch — wenigstens dem Grundsatz nach — die Schadensrechnung der Entente ohne weiteres angenommen, während der Versailler Friedensvertrag uns wenigstens die Prüfung der wirtschaftlichen Schäden zugestand. Die Entente wird natürlich die Aufgabe dieses Rechtes und das Eingehen auf ihre Forderungen als willkommene Wiedergutmachung ihrer Schadensrechnung auslegen.

Aberdings werden von deutscher Seite einige einschränkende Bedingungen gestellt. Die bisherigen Leistungen von 20 Milliarden Goldmark sollen von der Gesamtforderungsumme in Abzug gebracht werden. Aber auch hier legt die deutsche Regierung allzu großes Entgegenkommen an den Tag. Denn sie betrachtet den Wert der bisherigen Leistungen nicht als feststehend, sondern will die Abschaltung des wirtschaftlichen Wertes einer Sachverständigenkommission überlassen. Nun hat die Reparationskommission ihrerseits die bisherigen deutschen Leistungen nur auf 8½ Milliarden Goldmark beziffert. Daß die Sachverständigen den wirtschaftlichen Wert bedeutend höher bemessen werden, ist nach den bisherigen Erfahrungen kaum zu erwarten.

Der deutsche Gegenvorschlag zählt dann noch eine Reihe anderer Bedingungen auf. So werden die deutschen Leistungen von dem Welt-Oberschlesien und

von der völligen Wiederherstellung der wirtschaftlichen Freiheit und Gleichberechtigung abhängig gemacht. Man hätte erwarten dürfen, daß gerade in diesen beiden Punkten eine entschiedenere Sprache geführt worden wäre. Hier gibt es kein Entgegenkommen mehr, ohne den Beitz Oberschlesien und ohne Entfaltungsmöglichkeiten auf dem Weltmarkt ist jede Abzahlung der Wiederherstellungsschulden von vornherein ausgeschlossen. Die deutsche Delegation wird daher von diesen beiden Voraussetzungen keinen Schritt zurückweichen dürfen.

Die Vorbedingung aber ist, daß Regierung und Volk fest bleiben, daß unsere Delegierten sich nicht einschüchtern lassen durch das Trommelfeuer von Drohungen, das jetzt in London über sie ergeht. Ungefähr soll der Einmarsch in Deutschland schon beschlossen sein. Die juristischen und militärischen Sachverständigen der Entente sollen fest nur noch ihre Gutachten abgeben, ob nach dem Versailler Vertrag ein Einmarschieren vor dem 1. Mai gestattet ist oder nicht. Die Franzosen wollen sofort einrücken, um dem französischen Reparationsanspruch Nachdruck zu verleihen; die Italiener dagegen sind der Auffassung, daß eine Okkupation vor dem 1. Mai rechtlich unzulässig sei. Von dem Ergebnis der Sachverständigenberatungen hängt es ab, ob es am Donnerstag bereits zu einem offenen Bruch kommt.

In Pariser Kreisen ist man allerdings der Auffassung, daß die Deutschen schließlich doch wieder umfallen werden. Diesmal jedoch dürfte die Drob- und Druckpolitik der Entente vergeblich sein. Deutschland hat mit seinen Gegenvorschlägen übergroßes Entgegenkommen an den Tag gelegt und nach Ansicht vieler maßgebender Kreise die äußerste Grenze seiner Leistungsfähigkeit beinahe schon überschritten. Weiter kann es beim besten Willen nicht gehen, und keine Macht der Welt kann es zwingen, seine Unterschrift unter ein Diktat der Alliierten zu setzen, das über die Grenzen des Möglichen hinausgeht.

Politische Rundschau.

Berlin, den 3. März 1921.

Der Antransport der englischen Truppen, die für Oberschlesien bestimmt sind, hat begonnen. Die Truppen werden in 14 Sonderzügen über Frankfurt a. M., Erfurt, Liegnitz nach Oberschlesien befördert.

Erleichterungen für Abstimmungsberechtigte. Um allen Abstimmungsberechtigten die Teilnahme an der Abstimmung zu ermöglichen, hat der preußische Justizminister angeordnet, daß die Gerichte Gefüchen der Parteien, Angeklagten, Zeugen, Sachverständigen, Schößen oder Geschworenen, die aus Unzufriedenheit der Abstimmung in Oberschlesien zwangs Verlegung anstehender Verhandlungstermine eingereicht werden, in weltestem Umfang entgegenkommen sollen. Es empfiehlt sich, derartige Anträge jetzt nach Bekanntgabe des Abstimmungstermins unverzüglich zu stellen.

100 Millionen Wettelnahmen des Staates für 1921. Das Reichsfinanzministerium rechnet für 1921 mit erheblichen Mehreinnahmen aus Rentenwerten und Lotterielosern. Im Haushalt für 1920 waren dafür 70 Millionen Mark eingesetzt, 1921 wird mit einer Einnahme von 100 Millionen Mark gerechnet, abgesehen von den 50 Millionen, die das Reich außerdem an die Länder zur Förderung der Pferdezucht aus dieser Einnahmequelle zu schaffen gedenkt.

Staatsbürgersche Erziehung der Soldaten. Der Wehrausschuss des Reichstages beriet über einen Antrag des sozialdemokratischen Abg. Radbruch, der verlangte, daß sich die Ausbildung der Soldaten auf ihre staatsbürgerschen und völkerrechtlichen Verpflichtungen im Krieg und Frieden erstrecken sollte. Nach längerer Aussprache gab der Ausschuss diesem Antrag seine Zustimmung. Ein Redner der Unabhängigen Sozialdemokratie beantragte, den Soldaten das Recht zum Hören von Zeitungen nach freier Wahl zu gewähren. Mit knapper Mehrheit wurde auch dieser Antrag angenommen.

Arbeitschaft und London. Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund hat an die Regierungen und Böller der Ententeländer eine Denkschrift gerichtet, in der er an der Hand von statistischem Material die Unabhängigkeitsarbeit der Pariser Beschlüsse nachweist. Die Beschlüsse seien gleichbedeutend mit der Führung der Slavenarbeit in Deutschland. Sie seien aber auch um deswillen abzulehnen, weil ihre Erfüllung unbedingt dazu führen müßte, daß die Lage der Arbeiter in allen anderen Ländern auf das schwerste und nachhaltigste zu verschärfen und zu erschüttern.

Süddeutschland hinter der Reichsregierung. Die in Stuttgart abgehaltene Besprechung der süddeutschen Minister unter Leitung des württembergischen Staatspräsidenten Dr. Hieber hat zu einer vollen Einigung geführt. Bei der Beratung des Kultusrats im Württembergischen Landtag erklärte Staatspräsident Hieber, daß die Zusammenkunft der süddeutschen Minister in Stuttgart keine politische Sonderaktion Süddeutschlands darstelle, sondern daß es sich darum handle, die Geschlossenheit auch Süddeutschlands hinter den Männern, die Deutschlands Interessen in London zu wahren haben, öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Das Haus nahm die Erklärung mit lebhaftem Beifall auf.

Rundschau im Auslande.

Die Schweizer Blätter melden, daß dem ehemaligen Österreichischen Kaiserpaar eine Tochter geboren wurde.

Der amerikanische Senat hat einstimmig ein Amendingement zum Marinetat angenommen, das den Präsidenten erlaubt, eine Konferenz Englands, Japans und der Vereinigten Staaten zur Prüfung der Frage der Abfassung zur See einzuberufen.

Frankreich: König Millo f.

Der König von Montenegro ist im Exil in Antwerpen bei Italien, seine Tochter, und der König von Italien sind telegraphisch verständigt worden. — Der entthronete Herrscher der schwarzen Berge hat seinem kleinen Vasallenland eine weit

über seine Größe hinausgehende Bedeutung zu schaffen gewußt. Durch die Besiegung von Stutari hat er seiner Zeit viel von sich reden gemacht. Im Weltkrieg schlug er sich auf die Seite der Entente, er erntete jedoch höchst wenig Dank von seinen Kundschaften, die ihn bei Kriegsende schamlos im Stich ließen und sein Land den machthungrigen Südländern ausließen.

Niederlande: Aufsehre in Petersburg.

"Berlingske Nidende" meldet aus Helsingfors: Den von verschiedenen Seiten beim finnischen Generalstab eingelauschten Nachrichten zufolge befinden sich die Meldungen, die früher über Neval eingetroffen sind und von einem Aufmarsch in Petersburg berichten. Arbeiter und Matrosen haben sich zusammengetragen und kämpfen gegen die Schäler der Marinierschule, die eine Stütze der Sowjetregierung sind. Die Matrosen von Kronstadt haben sich den Auführern angegeschlossen. Was ist Ostrow und mehrere andere Stadtviertel befinden sich in den Händen der Auführer.

Griechenland: Ablehnung des Londoner Diktats.

"Hovas" meldet aus Athen: Die Lage in Griechenland ist überaus ernst. Es finden große nationale Kundgebungen gegen die Entente statt. Diese lösen Gegenseitigkundgebungen der Nationalen und Kommunisten aus. In Athen selbst, im Piräus und in Smyrna hat sich die Lage so verschärft, daß der Ausnahmestand proklamiert und die Alarmbereitschaft aller Truppen angeordnet wurde. — Die griechische Nationalversammlung hat gegen die Beschlüsse in London schärfsten Protest erhoben. Mit einer erstaunlichen Mehrheit hat die Nationalversammlung ihre Unterwerfung unter das Londoner Diktat abgelehnt und die Regierung ermächtigt, die Delegation in London abzuwerfen. Die griechische Kammer hat ergebnig und entschieden jede Unterwerfung in Thrasien und Smyrna abgelehnt.

Aus Stadt und Land.

Der Abstimmungskampf in Oberschlesien. In der Ortschaft Rabland bei Gleiwitz kam es gelegentlich eines Vortrages in einer Versammlung heimatreuer Oberelsässer zu Störungen durch polnische Stoßtruppeln. Einige deutsche Versammlungsteilnehmer und der Redner wurden von Mitgliedern der "Bojowka Polska", der berüchtigten polnischen Stoßtrupporganisation, mishandelt. Die Abstimmungspolizei hat bei diesem Vorfall eine unrichtliche Rolle gespielt, indem sie die friedlichen Versammlungsteilnehmer nicht schützte. — In Bielenhain bei Tarnowitz wurden zwei deutsche Abstimmungspolizeibeamte, als sie eine Verhaftung vornehmen wollten, von Polen erschossen.

Ein großer Abstimmungsbetrag der Polen ist in dem Ort Gabitz aufgedeckt worden. Es sollen dort der "Boss. Btg." zufolge über fünfzig Anträge für Personen eingereicht sein, die längst gestorben sind. Es wurden auch mehrere Fälle festgestellt, in denen Leute sich mehrmals in die Abstimmungsräume eingeschlichen. Einer der berüchtigten Organisatoren des Geheimbundes der "Bojowka Polska", ein Kaufmann Empinski aus Warzau, ist von der Kriminalpolizei in Oppeln festgenommen, weil er gefälschte Urkundenschriften gefälscht hatte. — Die Mörder des Hüttendirektors Althaus von der Wisnarschütte sind verhaftet und dem Beuthener Gerichtsgefängnis zugewiesen worden.

Chenpräsidium für den Auslandddeutschenstag. Der Herr Reichspräsident hat in Gemeinschaft mit dem Reichsminister Dr. Simons und dem Staatssekretär im Wiederaufbauministerium Dr. Müller das Chenpräsidium für den Auslandddeutschenstag der Leipziger Messe, veranstaltet vom Bunde der Auslandddeutschen, Landesverband Sachsen-Thüringen, übernommen.

Verhindelter Stapellauf. Die Glensburger Schiffswerft hat Dienstag vormittag ihre gesamte Arbeiterschaft, etwa 2000 an der Zahl, ausgesetzt. Ein für die Aktiengesellschaft Hugo Stinnes in Hamburg erbauter, 12 000 Tonnen großer Dampfer sollte vom Stapel laufen. Das Schiff sollte den Namen "Kirby" erhalten, womit sich jedoch die Mehrheit der Arbeiterschaft nicht einverstanden erklärte. Da ein Vermittelungsvorschlag ergebnislos verlor, griff die Direktion zu der genannten Maßnahme. Staatssekretär a. D. v. Kirby, der mit Stinnes und anderen Persönlichkeiten auf der Werft erschien, tauschte das Schiff auf seinen Namen. Der Stapellauf erfolgte indessen nicht.

Eine zahlungskapable Stadtgemeinde. Als erste deutsche Stadtgemeinde erklärte sich die Stadt Löbau bei Bautzen konkurs. Der Magistrat, der bei Bevorzugung einzelner Gläubiger persönlich haftbar bestrafte, stellte sämtliche Zahlungen ein, auch die Lohnzahlungen an Arbeiter und Angestellte, da 200 000 Mark Gehalt bezahlt vorhanden sind und die kommunistische Mehrheit Deckung durch Steuern gründlich ablehnt.

Britische Küstenschifflosigkeit. Im Hamburger Segelschiffshafen liegt der englische Handelsdampfer "Orange River" eine Maisladung. Am Heck steht ein 10,5 Meter-Hochschild, dessen Mündung auf die Stadt gerichtet ist. Dies ist der dritte Fall eines bewaffneten Handelschiffes, wie solche aus anderen Häfen schon verschiedentlich gemeldet worden sind.

Streik der Hamburger Hafenarbeiter. Ein Teil der Hamburger Hafenarbeiter, etwa 60 Prozent, hat Mittwoch wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt. Es handelt sich um einen wilden Streik, zu dem die Leitung des Transportarbeiterverbandes ihre Zustimmung nicht erteilt hat. Auch im Altonaer Hafen haben die Schauerleute, die beim Entladen der Frachtdampfer tätig sind, die Arbeit eingestellt. Hier wird sofort die Technische Notrille eingesetzt werden.

Spiken.

Roman von Paul Lauter.

(9. Fortgang.)

Auf der anderen Seite war in der stillen Straße ruhig ein Mann seines Weges gegangen. Er hatte gute Augen und den glitzernden Reflex der Gaslampe auf der sich bewegenden Schleife wahrgenommen. In noch langsamem, etwas beschwerlichem Schritt ging er nun durch den hohen Schnee über den Fahrdamm, nach allen Seiten hin spähende Blicke werfend. Kein Wächter ließ sich sehen, kein Mensch.

Er ging noch langsamer, und als er vor dem vergitterten Fenster angelangt war, blieb er stehen und sah liss und scharf:

Nur zu!

Es wurde ein mittelgroßes Palet, ungefähr in der Form eines Kissen, etwas Weiches, das sich zusammenrollte, aus dem Fenster auf das Blatt der Straße geschoben. Der auf der Straße bildete sich und knüpfte es unter seinen Überrock.

Noch etwas?

"Ja!" kam es von drinnen.

Eine Hand ragte aus dem Fenster und stieß dem draußen etwas zu, das dieser in seine Tasche stecken ließ. Daselbe wiederholte sich einmal.

"Das ist alles!" flüsterte die bebende Stimme des Mannes aus dem Souterrain. Das Fenster wurde geschlossen.

Der nächtliche Wanderer ging ruhig weiter.

In der Mitte des dunklen Wilhelmplatzes stand ein gepunktetes Mädchen, das sich ihm anschloß. Er schaute mit der Hand den Schnee von der Jacke und sagte:

"Nose, sieh dich! Das muß du irgendwo unterbringen." Er reichte ihr das Palet. Nose hatte den Unterknopf mit der unerträglichen Tasche, dessen Modell sie ihrem Geliebten verdankte, angelegt. Die Spulen verschwanden förmlich.

"Und nun, nichts verlieren! Es scheint tollbar zu sein. Eins: Perlenkette, zwei: Perlenarmband."

Während er die Sachen aus seiner Tasche entnahm und abzählte, reichte er sie einzeln Nose, die ihr Kleid aufgestreift hatte und sie in der Tiefe des verborgenen Taschen hinabgleiten ließ. "Drei: noch etwas von Berlin."

"Ein Bladem! Es, das ist schön!" rief Nose.

"Vier: ein Ring, fünf: noch ein Ring, sechs: sieben, acht: noch drei Ringe, also fünf Ringe im ganzen; neun: Armband mit blauen Steinen, zehn: Halstelle, wie es scheint, auch mit blauen Steinen."

"Saphire!"

"Elf: Brillantenhalbschmuck . . ." Er suchte in der Tasche. "Es ist noch ein Ring, alle Wetter: ein mächtiger Brillant! Also zwölf! — Im ganzen, außer dem Palet, vermutlich den Spulen, zwölf Rummern, darunter sechs Ringe, drei Perlengeschichten, zwei Sachen mit blauen Steinen und ein Brillantenhalbschmuck! Verliere um Gotteswillen nichts! Nimm hier am Kaiserhof eine Trosche! Aber nicht bis ans Haus! Auch nicht bis an die Straße!"

"Wie wird' ich denn?"

"Und laß dich von dem Hallunken in der Mehlstraße, dem Tigel-Eden, nicht trampeln (betrügen) und beschummeln! Du zählst ihm Stück für Stück in die Hand und läßt die den Schein geben: zwölf Stück! Und du zählst die Perlen und Steine! Sag' ihm, ich komme morgen, und morgen folle er die Wölfe an mich ab! laden! (Den Betrag in Münze zählen.) Also du besorgst alles!"

"Gewiß doch! Ich bin doch keine Ausängerin!" Sie hatten sich erhoben und gingen langsam nebeneinander dem Kaiserhof zu.

"Wann wirst du mit dem Tigel-Eden in der Mehlstraße fertig sein?"

"Das weiß ich doch nicht! Ist er denn wach?"

"Ja! Ich habe ihn benachrichtigt, daß etwas in Gange ist. Das Haus ist offen!"

"Wie spät haben wir's?"

"Es schlägt's gerade halb! Halb zwei. Zwischen halb drei und drei werde ich wohl zu Hause sein."

"Also gut. Von halb drei an findest du mich da. Am einfachsten ist, ich fahre ein Ende mit. Ich trinke noch ein Glas Brotz am Alexanderplatz. Ich bin ganz durchhängt."

Sie stiegen in eine Trosche und fuhren in der Richtung auf den Alexanderplatz.

Das gestohlene Gut war schon auf dem Wege zum Hohler, als sich die Tienerin auf dem Flur sammelte, um auf den Lieb zu fahren.

VII.

In peinigendem Unbehagen über die erzwungene Untätigkeit, über den ihn beobachten Rückzug, der in seinen Augen, trotz der erkannten Notwendigkeit, mit schimpflicher Flucht eine widerwärtige Niedlichkeit hatte, war Fürst Ulrich auf die Königgrächerstraße getreten. Er hatte den hohen Pelztragen, der sein Gesicht völlig bedekte, wieder aufgeschlagen. Er blickte um sich, er sah niemand. Über da kam eine Trosche, die im Schritt fuhr und leer zu sein schien. Er ging ihr entgegen.

Ulrich hatte außer dem Troschenkutscher keinen Menschen erblickt; und doch war noch ein anderer in der Nähe, der ihn bemerkte, wenn auch nicht erkannt hatte.

Auf der anderen Seite der Königgrächerstraße, unter den Bäumen, ging ganz im Dunkel, mit vorgebeugtem Oberkörper, die Augen gegen den Wind schleißend, eine aufsellend lange, hagere, schmal Schulterige Gestalt, in einen langen Ledergürtel gehüllt, der um die dünnen Beine schlotterte. Als dieser einen mit einem Pelz bekleideten Herrn, der einen Zylinder trug, zu dieser ungewöhnlich späten Stunde aus der Parktür treten und dieselbe andrücken sah, blieb er einen Augenblick verwundert stehen.

"Wer mag denn so spät noch von Isenbeck kommen?" fragte er sich.

(Fortsetzung folgt)

Drucksachen für die Industrie druckt Carl Jehr

Kirchenvisitation in Oelsa.

Um vergangenen Sonntag Morgen fand in dieser Kirche Kirchenvisitation durch Herrn Sup. Michael statt. Die Teilnahme der Kirchengemeinde Oelsa an diesem für kirchliche Leben doch immerhin wichtigen Tag war eine recht erfreuliche. Im Frühjahrsservice fanden sich ungefähr 100 Gottesdienstende ein. Die Predigt des Tages über Hebr. 20, 9–20 sprach in der Visitationssage: Was ist uns heute noch Jesus Christus? Sie wies nach, daß unser Volk nicht gegen Christus und sein Evangelium, sondern nur mit Christus und seinen Schülern wieder vorwärtskommen kann. Der Herr Ephorus unterstrich auf Grund von Hebr. 12, 11–15 diesen Gedanken und betonte vor allen Dingen, daß Festeit und Vertrauen auf Gott die künftigen Hände und die münden Arme wieder starken kann. In der auf den Hauptgottesdienst folgenden Beratung mit den Hausvögtern und Frauen der

Gemeinde, die, wohl im Gegenjag zu den Beratungen bei anderen Missionen, besonders von den Haushalten recht gut besucht war — im ganzen nahmen an den Beratungen 40 Frauen und 30 Männer teil — brachte der Herr Ephorus verschiedene Wünsche und Vorschläge für die Verbesserung des kirchlichen und religiösen Lebens in der Gemeinde vor: Teilnahme der Eltern an der Taufe ihrer Kinder, Festhalten am heiligen Abendmahl, Einführung der Hausabgaben in den einzelnen Familien, Aufhalten der Kinder durch die Eltern zum feierlichen Mittagessen im Kirchenchor. Im kirchlichen Familienabend kam Herr Superintendent noch einmal auf diese wichtigen Punkte im kirchlichen Leben zu sprechen. Um 2 Uhr fand die Unterredung mit 26 Jugendlichen statt, um 3 Uhr Kindergottesdienst mit etwa 100 Kindern. Ein sehr gut verlaufenes Familienabend schloß den Missionstag ab. Im Mittelpunkt dieses Abends stand als Vortrag des Ephorus: Glaubensaten und Glaubensbedenken. Seine padenden, z. J. erschütternden Schilderungen des Glaubensbedenkens Lebens vieler Glaubenszeugen bis auf die Gegenwart waren von durchdringender Beweiskraft für die Wahrheit des Bibelwortes: „Unser Glaube ist der Sieg, der die Welt überwinden wird.“ Alles in allem gab der Verlauf des Missionstages Zeugnis von dem kirchlichen, ganz geistigen kirchlichen Sinne der Deller.

Leichte Nachrichten.

Wilson's leichte Amtshandlung — ein deutschfeindlicher Akt.

Rotterdam, 2 März. Der "Daily Telegraph" meldet aus New York: Präsident Wilson hat als leichte Amtshandlung den Antrag angenommen, der die Wiederherstellung des Konsulardienstes zwischen Amerika und Deutschland vorsieht und der vom Senat angenommen worden war, zum zweiten Male abgelehnt.

Berfügung über die deutschen Kohlen.

Berlin, 1. März. Die Reparationskommission in Paris hat sich abermals mit der Kohlenzuteilung aus Oberschlesien zu Polen beschäftigt. Dabei wurden aus dem deutschen Eisenbahnpark Polen 8000 Waggons querkannt. (1) Außerdem erhielt Polen das Recht, mit eigenen Waggons weitere 100000 Tonnen Kohlen aus Oberschlesien auszuholen.

Haag, 1. März. Aus Belgien werden jetzt verschiedene sehr billige Angebote für Steinkohlenlieferungen gemacht. Der Preis ist auf 60 Gulden für 200 Zentner zurückgegangen.

Abänderung des Vertrags von Sevres.

London, 2. März. "Daily Express" meldet, daß der Vertrag von Sevres zugunsten der Türkei abgeändert wurde, jedoch Griechenland Thraxien und Smyrna verlor.

Brüderlichkeit.

80 Arbeiter terrorisieren 6000!

Berlin, 1. März. Die Wiederaufnahme der Arbeit in den Fabriken Leverkusen, wo über 6000 Arbeiter gestreikt hatten, scheiterte an dem Widerstand einer Gruppe von 80 Männern. Die Bleiblätter beschlossen, nicht früher die Arbeit wieder aufzunehmen, bevor gewisse Sonderforderungen für ihre Gruppe bewilligt würden.

S. V. D. 1910

Freitag abends 8 Uhr im Vereinsheim Restaurant zur Hafensehle. Monats-Versammlung. Den zahlreichen Freunden bittet D. D.

Salbe

Nicht zum Verkauf! Reichenau Nr. 89.

Eiserner

Wagen

(über Nächten) mit neuen Satteln, auch beladen einzeln, verkauf als überzählig. Reichenau Nr. 6 Frauenstein.

Gänse-Gier

verkauft Scherzer Obercarsdorf.

100 Zentner

Speisefkartoffeln

zum Kauf zu kaufen Gemeinde Obercarsdorf.

Krauerschleifen

bedeutet schnell die Buchdruckerei Carl Schneiders in Dippoldiswalde.

Spezial-

Herrenhut-, Umpreß- und Reinigungs-Anstalt.

Filzhüte Velourhüte, Zylinder- und Stoffhüte werden auf moderne Formen umgearbeitet und auf Wunsch gefärbt. Lieferung innerhalb 8 Tagen.

Für tabelliose Jagdmärsche Ausführung übernehme Garantie.

L. G. Schwind, Dippoldiswalde.

Zuh. Gottsch. Schwind, Hutmachermeister.

Wegen Krankheit des jetzigen wird zum 15. März ein nicht zu junges

Hausmädchen

gesucht. Vorstellen vormittags von 10—12 Uhr.

Frau Buchdruckerei-Besitzer Johne sen., Gartenstraße.

Naturheilverein Dippoldiswalde.

Samstag den 6. März nachmittags 4 Uhr im Gasthof „roter Hirsch“

öffentlicher Vortrag

der Lehrerin Hel. Reihe Bauer-Dresden.

Thema: „Atmungsgymnastik als Grundlage der Gesundheit und als ideales Schönheitsmittel mit prakt. Vorführungen.“

Hierzu lädt freundlich ein der Vorstand.

Jugendring.

Wir wollen uns Sonntag den 6. März nachmittags 2 Uhr im „Roten Hirsch“, 1. Stock, versammeln. Kommt alle, Junge und Mädels und bringt Freunde mit.

Franz Zeidlers Nachf. Theodor Kunst.

Kunstfärberei und chem. Waschanstalt

für gekrempfte und ungerollte Damen-, Herren- und Kindergarderoben, Teppiche, Decken, Felle usw. Sachen zum Reinigen, die Mittwochs in meinem Betrieb sind, werden Sonnabends fertig.

alte, unmoderne Hölle werden gereinigt oder gefärbt und in die modernsten Formen umgeprägt.

23 gute

Arbeits-Pferde

meint langschwanzige Hölle im Alter von 4 bis 9 Jahren, darunter einige tragende Stuten. Hörner 8 Stück g. Geburtsrollwagen, 50—100 Str. Tragkraft. Mehrere Rauhenwagen, das dazu gehörige Arbeitsgeschirr sofort zu verkaufen. Obige Pferde werden mit voller Garantie abgegeben. Käufer können auch den Kaufpreis 3—5 Monate nach Ablauf der Garantiezeit zahlen.

Edmund Eschardt vorm. Julius Gierth,
Spedition und Postfuhrweisen
Dresden-N. Böhmisches Straße 24, Telefon 22750.

Empfehlung in nur guten Qualitäten:

Allerheiligen glasierter Speiserest,	sehr gut kochend	Pfd. 2,50,
Rangoon-Wollrest		Pfd. 3,00,
weiße Bohnen, sehr gut kochend		Pfd. 1,30,
Kaffee Pfd. 23 M., grosse Linsen		Pfd. 4,80,
hochfeiner Syrup, zuckerfrei		Pfd. 3,00,
ff. Kakao	Pfd. 17 u. 18 M.	
ff. Schokolade in 100-Gr.-Tafeln	Freitag eintreffend	4,50,
ff. Holländisches Speck		Pfd. 16 M.
Seife, Doppelstück zu 250 gr. versch. Sorten Margarine, auch Marke Sole sowie Schweineschmalz, Palmain, Tafelöl, Leinöl zum billigsten Tagespreis.		

Bruno Hamann, Altenberger Straße,
gegenüber der Schule.

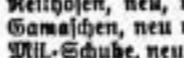
Achtung!

1 Spülzummet (64 em gr.), Rüdzeng, Scheite mit Ketten, 1 gefülltes Schuhleder, 2 Rutschlaternen, 1 Wendehaken mit Aderrödel, 1 Kratze für Einspanner oder Rüde, ein 3zoller und ein 4zoller Höhrenbahrrer, 1 Paar einspänige Zingel u. und verschiedenes verkauft Sonntag den 6. März

Liebenau Nr. 79.

Gelegenheits-Säuse!

Mil.-Hosen, neu, u. 150.— M. an Wand-Hosen, neu, u. 150.— M. an Engl. Ledershosen, u. 100.— M. an Reichshosen, neu, u. 200.— M. an Gamashous, neu u. 150.— M. an Mil.-Schuhe, neu, u. 150.— M. an Mil.-Stiefel, neu, u. 200.— M. an Langschüter, neu, u. 350.— M. an Mantel, neu, u. 300.— M. an Zeltb.-Mantel, neu, u. 250.— M. an Dreizugz., neu, u. 100.— M. an Gehrodanzüge, f. neu, u. 750.— an

Rückh. Hausmädchen, f. neu, u. 1. Eis., am Obermarkt. Rein Baden!

Leere

Weinflaschen

kauf jeden Vollen

Gasse Hahn, Bahnhofstraße.

zu kaufen gefüllt. Öfferten u.

„W. 26“ in der Geschäftsstelle.

zu niedrig zu legen.

Frisch eingetroffen

ff. Leinöl

(à Pfund 16 Mark) bei

W. Gegewald, Altenberger Str.

Alle

Oberschlesier!

müssen unbedingt am Sonntag den 6. März

vormittags 11 Uhr im

Dresdner

Ausstellungspalast

anwesend sein.

Fußball-Abteilung des Turnvereins Frisch-auf

Samstag den 5. März gemütlicher Tanz-Abend

in Überndorf, Grünthalstraße. Anfang 17 Uhr.

Gäste, durch Mitglieder eingeführt, herzlich willkommen.

Gasthof Hennersdorf

Freitag den 4. März

Karpfenschmaus

mit seinem Ball.

Hierzu lädt höflich ein

Otto Möller und Frau.

Gasthaus Ladenmühle Hirschsprung.

Sonntag und Montag den 6. und 7. März

Bratwurstschmaus.

Sonntag den 6. März

Ballmusik

Für Küche und Keller ist bestens gesorgt. Zu zahlreichem Besuch ergebt ein

U. Böttcher.

Niederer Gasthof Reichstädt.

Donnerstag den 10. März

Karpfenschmaus mit Ballmusik.

Wohl bekom'ms!

wogu ergeboten einladen

Ernst Schuster und Frau.

Widerstandskraft ist Krankheitsschutz!



Das wissen wir gerade in der jetzigen Zeit, da Krankheiten epidemisch austreten. Dem widerstandsfähigen Körper können sie wenig anhaben. Widerstandsfähiger aber sind Körper und Nerven, wenn sie mit dem

Wohlmutischen elektro-galvanischen Schwachstrom-Apparat, Marke Geweco

In gebunden und frischen Tagen behandelt werden. Denn dieser Apparat ist für Krankheiten des Nervensystems, aber auch für Erkrankungen des Herzens und der Blutgefäße, für Magen- und Darmkrankheiten, Erkrankungen der Muskeln (Rheumatismus usw.) erprob. Verlangen Sie im eigenen Interesse noch heute ausführliche Druckschriften oder unterziehen Sie einer Probebehandlung in der hierfür Generalvertretung von G. Wohlmut & Co., W. G., Dresden. Generalvertreter: Richard Grebel, Niederndorf bei Dippoldiswalde.

Zwei tüchtige Stuhlbaner

sucht sofort

Weißeritztalwerk Dippoldiswalde.

Für die überaus zahlreiche Teilnahme, welche uns durch Wort, Schrift und Blumenpäckchen beim Heimgegangen unseres lieben Lebendes, unergräßlichen

Helmut

zuteil geworden ist, sprechen wir allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank aus.

Dippoldiswalde.

Die liebesträumernde Familie Max Sch.